



Samtgemeinde Fintel
Der Samtgemeindebürgermeister
Az.: 10 24 30

12. Ratsperiode 2016 – 2021
Lauenbrück, den 04.02.2019

Beschlussvorlage

Nr.: 019/2019
Status: öffentlich

Fachdienst I.1
Bearbeiter: Kim Holsten

| Datum | Beratungsfolge | Abstimmungsergebnis | | |
|------------|-----------------|---------------------|------|------------|
| | | Ja | Nein | Enthaltung |
| 28.03.2019 | Samtgemeinderat | | | |

Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend

Beschlussvorschlag:

Es wird gem. § 71 Abs. 5 Nds. Kommunalverfassungsgesetz die Besetzung wie folgt festgestellt:

Frau Silvia Poort wird mit sofortiger Wirkung als Nachbesetzung von Frau Dr. Sabine Wilkens beratendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend. Ihr Vertreter wird weiterhin Herr Cord Thömen bleiben.

Sachverhalt:

Der Samtgemeinderat hat in seiner Sitzung am 24.11.2016 beschlossen, dass dem Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend u.a. auf Vorschlag der Finteler Kirche als anerkanntem Träger der freien Jugendhilfe eine Person als beratendes Ausschussmitglied angehören soll.

Bisher gehörte Frau Dr. Sabine Wilkens aus Fintel, als Kirchenvorstandsmitglied diesem Ausschuss als Hinzugewählte an. Da sie am 10.06.2018 aus dem Kirchenvorstand ausgeschieden ist, wurde Frau Silvia Poort (Mitglied des Kirchenvorstandes seit dem 10.06.2018) am 10.12.2018 als Mitglied im Ausschuss für Bildung, Soziales und Jugend vorgeschlagen. Als Stellvertreter wird weiterhin Herr Cord Thömen aus Fintel vorgeschlagen.

Beratende Mitglieder in Ausschüssen des Samtgemeinderates sind ehrenamtlich Tätige im Sinne des § 38 NKomVG und sind vor Aufnahme ihrer Tätigkeit auf die Pflichten nach den §§ 40 bis 42 NKomVG (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot, Vertretungsverbot) hinzuweisen. Die vorgeschlagene Frau Poort wird zu der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Jugend eingeladen, um als beratendes Ausschussmitglied teilzunehmen und wird zu Beginn der Sitzung über die v.g. Pflichten belehrt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Es wird keine finanziellen Auswirkungen geben.

gez. Krüger